

4303/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Freundinnen und Freunde  
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit & Soziales  
betreffend Österreichs Position zum Weißbuch "Energie für die Zukunft: Erneuerbare  
Energieträger" der Europäischen Kommission

Die EU - Kommission hat Ende 1997 ein Weißbuch für eine Gemeinschaftsstrategie und  
einen Aktionsplan mit dem Titel "Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger" vor -  
gelegt. Darin schlägt die Kommission eine Vielzahl von Maßnahmen vor, um den Anteil  
Erneuerbarer Energien in der Union bis zum Jahr 2010 von derzeit 6 auf 12 Prozent zu ver -  
doppeln.

Neben einer erheblichen Umweltentlastung - etwa der Reduktion der CO<sub>2</sub> - Emissionen um  
402 Millionen Tonnen pro Jahr - führt die Kommission auch die Vorteile hinsichtlich der  
Beschäftigungseffekte, der Erschließung internationaler Märkte und der Reduktion der  
Importabhängigkeit bei Energieträgern als weitere Argumente für dieses Programm an. So  
rechnet die Kommission bis 2010 mit der Schaffung von 500.000 Arbeitsplätzen (netto), die  
entweder unmittelbar im Bereich der erneuerbaren Energieträger oder mittelbar im Zuliefer -  
bereich geschaffen werden. Hierbei handelt es sich um eine Nettoangabe, die dem Abbau  
von Arbeitsplätzen in anderen Energiesektoren bereits Rechnung trägt.

Auch auf Österreich umgelegt, würde das nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Errei -  
chung der nationalen Klimaschutzziele darstellen, sondern anteilmäßig auch mehrere Tau -  
send zusätzliche Arbeitsplätze bedeuten - vorausgesetzt natürlich, Österreich nützt die sich  
ergebenden Chancen.

Die Verhandlungen zur Umsetzung des Weißbuchs EU - Energieministerrat werden vom  
Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wahrgenommen. Da die  
gegenständliche Materie jedoch aufgrund der Beschäftigungseffekte auch höchste Relevanz  
für das Sozialressort besitzt, stellen die unterfertigten Abgeordneten daher an die  
Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit & Soziales folgende

ANFRAGE:

1. In seiner Festrede anlässlich des 20 - jährigen Bestehens der Energieverwertungsagentur  
am 24. März, 98 betonte Bundeskanzler Klima bezugnehmend auf das Weißbuch:

"Ich sehe in diesem Thema enorme Potentiale für Österreichs Arbeitsmarkt. Ein ver -  
stärktes Engagement, v. a. im Bereich Biomasse, könnte Österreichs Spitzenposition in  
diesem Technologiebereich festigen, Wachstumschancen im Anlagenbau und somit Ex -  
portchancen eröffnen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß es uns gelingt, einen  
Heimmarkt zu entwickeln."

Teilen Sie die Einschätzung von Bundeskanzler Klima? Wenn ja, welche konkreten Konsequenzen ziehen Sie in Ihrem Zuständigkeitsbereich daraus?

2. Bundeskanzler Klima spricht von "enormen Potentialen für Österreichs Arbeitsmarkt".

Wie hoch ist nach Ihrem Kenntnisstand das Arbeitsmarktpotential für Österreich, das sich mit der Umsetzung der Gemeinschaftsstrategie und des Aktionsplans zum Weißbuch ergibt? Auf welchen Expertisen beruhen dabei Ihre Einschätzungen?

3. Halten Sie es aus beschäftigungspolitischer Sicht für wünschenswert, wenn es zur Umsetzung der Gemeinschaftsstrategie und des Aktionsplans zum Weißbuch kommt?

4. In der Ratsarbeitsgruppe zum Weißbuch hat Österreich bislang eine ablehnende Haltung vertreten. Österreich verlangt sogar die Streichung des Absatzes aus der Resolution des Rates ("2. WELCOMES the White Paper on a Community strategy and action plan as a basis for actions at Community level complementary to actions at national level.", Dok.7054/98), mit der die Umsetzung des Weißbuches begrüßt wird. Sind Sie mit dieser Position einverstanden? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

5. War Ihnen diese Position Österreichs bereits bekannt?

6. Wenn ja, wurde diese Position mit Ihnen oder Vertretern Ihres Ressorts zuvor abgestimmt?

7. Wenn nein, werden Sie auf eine interministerielle Abstimmung der Position Österreichs drängen?

8. Welche Position sollte Ihrer Meinung nach Österreich bei den Verhandlungen zum EU - Weißbuch vertreten?

9. Welche Schritte werden sie setzen um den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten zu einer Änderung der bisher vertretenen Position zu bewegen?

10. Halten Sie einen Ministerratsbeschluss zur Festlegung der offiziellen Position Österreichs für wünschenswert?